

## Antrag

### der Fraktion der AfD

#### **Kein Suedlink und kein Suedostlink - Für eine Neuausrichtung der Energiepolitik ohne schädlichen Netzausbau durch Thüringen**

- I. Der Landtag stellt fest,
  1. dass die Thüringer Energiepolitik im Sinne einer sozialen, preisgünstigen, umweltverträglichen, zuverlässigen und von den Bürgern akzeptierten sowie sicheren Energieversorgung ausgerichtet werden muss, um dem Land und seiner Bevölkerung die Folgen des Ausbaus einer ungeeigneten Energieinfrastruktur und der Abhängigkeit von volatiler Energieerzeugung im Rahmen der sogenannten Energiewende zu ersparen;
  2. dass ohne die einseitige und unausgewogene Ausrichtung der Bundes- und der Landesregierung auf volatile Energiequellen wie Wind- und Solarkraftwerke der Bau des sogenannten Suedlinks und ähnlicher Leitungen nicht notwendig wäre;
  3. dass eine Abkehr der Landesregierung von der einseitigen Fokussierung auf volatile und den Suedlink begünstigende Energiequellen wie Wind- und Solarkraftwerke dringend geboten ist.
  
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen der Neuausrichtung der Thüringer Energiepolitik auf EU- und Bundesebene dafür einzusetzen,
  1. den gesetzlichen Einspeisevorrang von Anlagen zur Erzeugung sogenannter erneuerbarer Energien (EEG-Anlagen) so schnell wie möglich auf Null zu reduzieren;
  2. den Bau des sogenannten Suedlinks und des sogenannten Suedostlinks mit allen rechtlichen und politischen Mitteln zu verhindern;
  3. die Förderungstatbestände im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für neu zu errichtende EEG-Anlagen, die unabhängig vom Energieerzeugungsbedarf Strom wetterabhängig einspeisen und über keine Kapazitäten zur Speicherung der erzeugten Energie verfügen, zu streichen;
  4. Strom aus sämtlichen Erzeugungsanlagen, der in Zeiten der ÜberSpeisung des Stromnetzes eingespeist wird, mit einem Netzstabilisierungsentgelt zu belegen;
  5. den Ausbau der digitalen Verknüpfung von Erzeugungsanlagen zur zentralen Steuerung des Einspeisevorgangs voranzutreiben;
  6. sämtliche Betreiber von Stromerzeugungsanlagen an den Netzbetriebskosten angemessen zu beteiligen;
  7. die für ein entwickeltes Industrieland wie Thüringen unerlässliche Sicherstellung einer stabilen Energieerzeugung durch kostengünstige, hocheffiziente und umweltfreundliche konventionelle mittel- und spitzenlastfähige Kraftwerkseinheiten zu gewährleisten;

8. die Versorgung mit Erdgas durch langfristige Partnerschaften mit Partnernationen zu gewährleisten und den Bau und Betrieb von Nord Stream 2 voranzutreiben;
9. die Erforschung preisgünstiger und umweltfreundlicher Zukunftstechnologien für die Erzeugung von elektrischem Strom, insbesondere die Erforschung inhärent sicherer Kernkraftwerkskonzepte zu fördern und hiermit den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Thüringen zu stärken.

**Begründung:**

Die öffentliche Debatte um Suedlink und den Suedostlink ignoriert immer noch die energiewirtschaftlichen Prämissen, welche die Errichtung der Trassen und die damit einhergehenden negativen Folgen für Kulturlandschaft, Umwelt und Energiekosten erforderlich gemacht haben. Beide Trassen sind eine Folge der seit Ende der Neunzigerjahre betriebenen sogenannten Energiewendepolitik, welche trotz immer noch fehlender wirtschaftlicher und praktikabler Stromspeichermöglichkeiten auf Energieerzeugungsanlagen setzte, die den Strom unabhängig vom Bedarf, aber abhängig von Wind und Wetter, in das Netz einspeisen und dieses damit phasenweise auch überlasten. Fehlende Stromspeicher in Verbindung mit nicht bedarfsgerecht produziertem Strom bei gleichzeitig flächendeckender Stilllegung der konventionellen Kraftwerkskapazitäten in den Ballungszentren Deutschlands erzwingen den Bau von Stromleitungen, um den im Norden Deutschlands produzierten Strom aus EEG-Anlagen, insbesondere Windkraftanlagen, in den Süden zu leiten. Beide Trassen sind das direkte Ergebnis der energiepolitischen Entscheidungen der letzten Jahre und vor allem Folge einer massiven Subventionierung der Windkraft und der Photovoltaik. Darüber hinaus werden die sozialen Aspekte der sogenannten Energiewende und des damit einhergehenden Netzausbaus immer noch ausgeblendet. Die jährlichen Kosten von circa 30 Milliarden Euro, die über die Netzentgelte, die EEG-Umlage und diverse andere rechtlich vorgeschriebene Umlagesysteme die Stromrechnungen von Verbrauchern und Unternehmen steigen lassen, belasten ohne jede soziale Staffelung Geringverdiener, Familien und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Vor diesem Hintergrund ist eine rationale Neuausrichtung der deutschen und damit auch der Thüringer Energiepolitik dringend erforderlich, um dem Gebot der sozialen Gerechtigkeit bei Energiepreisen Rechnung zu tragen, aber auch, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie und die Verhinderung eines gigantischen Infrastrukturausbaus zulasten von Umwelt und Landschaftsbild zu verhindern. Die unter Nummer II aufgezählten Maßnahmen skizzieren im Kern eine alternative Energiepolitik, die diesen Erfordernissen gerecht wird.

Für die Fraktion:

Braga